

Halle'sches Tageblatt.

Viernachrichtiger Jahrgang.

Amliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Nr. 135.

Donnerstag, den 14. Juni.

1883.

Ausgabe- und Annahmestellen für Inserate und Abonnement bei Aug. Apelt, Reipzigerstr. 8, Rob. Cohn, gr. Steinstraße 73, M. Dannenberg, Geißstraße 67, Albert Schmidt, Dompas 8, A. Voigt, Gießgasse, Woblastenstraße 9a, part., Ladw. Kramer, Dömitz.

Das Halle'sche Tageblatt

eröffnet am 1. Juli or. das dritte diesjährige Abonnement-Quartal und ladet das Publikum von Halle und Umgegend zu reger Beschäftigung an diesem Abonnement ein. Das Blatt, das sich eines stetigen Zuwachses im Abonnement zu erfreuen hat, wird es sich, wie bisher, auch fernerhin angelegen sein lassen, durch Darbietung eines bedeutenden und interessanten Inhalts allen billigen Anforderungen und Wünschen zu entsprechen, und die besten Kräfte dafür einzusetzen, daß es seinem Zwecke, ein wirkliches Familienblatt zu sein, welches Unterhaltung und Belehrung in angenehmer und gemeinverständlicher Form gewährt, gerecht wird. Der Pränumerations-Preis für das Quartal beträgt in der Expedition, wie auf allen Postanstalten nur 2 Mark.

Die Exped. des Halle'schen Tageblatts.

Die neuesten Pariser Stande.

Im französischen Ministerium gibt es wieder. Einerseits werden die Gambettisten unter der Führung Waldeck-Rousseau's den übrigen Mitgliedern des Cabinets zu selbstbewußt; andererseits fühlt sich der Finanzminister Tirard in seiner Stellung bedrückt und ist bemüht, dieselbe in seiner Weise zu konsolidieren. In erster Beziehung verdienen auch die jüngsten Entschlüsse der „Reforme“ hervorgehoben zu werden, die, falls sie sich auch nur zum Teil befähigen sollten, erwehnt werden, mit welchem Verhältnisse die Lottungsexpedition unternommen worden ist. Bereits vor längerer Zeit, als diese Expedition geplant wurde, tauchte das seltsame Gerücht auf, daß Gambetta der eigentliche Initiator des Projekts und seinerseits wiederum durch eine „Parteième de Paris“, Madame Waltesse de la Vigne inspirirt worden wäre.

Die „Reforme“ wetet in dieser Hinsicht, daß die „Dane“, die in Verbindung mit einem Freund hat, eines Tages auf den Einfall kam, daß in Anan „alles zu gewinnen wäre, wenn Frankreich seine Schutzhölzer über Landesh Reich ausbreite.“ Sie hat Gambetta um eine Zusammenkunft, und dieser empfing sie und trat ihre auf, ihm einen Bericht auf Grund ihrer persönlichen Kenntnis, die sie von ihrem Freunde hatte, abzufragen. Sie sprach denselben und ließ ihn in fünf Exemplaren abdrucken. In diesem Bericht wird „nachgewiesen“, wie man das Reich Anan unter die französische Schutzhölzer stellen könnte, um dies zu erreichen, brauche man den geizigen und eitelten Enne nur gegen seine aufzugeben, wenn möglich einen Einfluß erlangend der Finanzen in Handlung zu veranlassen, Indes kann den französischen Schutz anbieten und ihm so die Schutzhölzer aufzurufen. Gambetta bedachte sich durch Brief vom 14. September 1880 für

(Nachdruck verboten.)

Der Fluch des Priesters.

Roman in drei Bänden von Maurus Jöfal.

Vom Verfasser einzig autorisirt Bearbeitung

von Ludwig Wegeler.

(Vorklappung.)

Nach dem Fiebre herrschte draußen und drinnen eine solche Stille, daß man den Widerhall des Schlags bis zum letzten Zittern vernehmen konnte. Dann wandte er sich zu den Arbeitern: „Jetzt könnt Ihr fortfahren.“

Seine begannen traurig ihr Werk! hoben die Thürten aus, Neckeren auf's Dach, lösten die Bretter und Balken, jobann nahmen sie die Seitenwände auseinander und jogten die Pfeiler aus dem Erdboden.

Und die Säuger dort drinnen rührten sich nicht von ihren Plätzen, sondern britten aus, bis das ganze Haus um sie her verschunden war, bis sie unter freiem Himmel, in der wüsten Keere zurückgeblieben waren.

In seiner Klugheit stehend, sah Malárdy dem ganzen Werke zu und hörte den draußenden Gesang. Als der Palm zu Ende gelangen war, hatte auch das Bestirgungswerk sein Ende erreicht. Jebermann konnte heimgehen.

Ja, was Malárdy befohl, wußte er auch durchzuführen.

Der Taugenichts.

Kassen wir jetzt eine schöne Reihe von Jahren vergehen, ungefahr so viel, damit aus den Knaben Männer, aus den Männern Greise und aus den Greisen wieder Kinder werden.

Gar viel hatte sich seitdem unter der Sonne verändert. Die Gassen der kleinen Stadt waren nach rechts und links gerade geworden; rings um den Platz hatten sich neue, stolze Häuser erhoben, was davon zeugt, daß die Leute schon lange keine Furcht mehr davor haben, über einander zu wohnen.

Den schrecklichen Fluch des Priesters hat bereits Jebermann vergessen; seine Spuren und sein Andenken war von der Erde verschwunden; Kaiser Josef mit der starken

diese Mitteilung von der er sagt: „Ich halte dieselbe für angemessen in Form und Inhalt, und Sie sollten dieselbe veröffentlicht lassen, wenn Sie nicht vorziehen, daß ich selber sie veröffentlicht lasse.“ Der Berichtsteller der „Reforme“, der von der „Dane“ über ihren Plan unterrichtet wurde, schließt mit den abgemachten Sätzen: „Ich sage hinzu, daß es gut war, diese Angelegenheit in Erwägung zu bringen, in welcher man einen großen Staatsmann (sahnt, der mit einer Frau gleich zu gleich verhandelt. So wahr ist es, daß die Hochstehenden der Menschheit stets unterthan einer Königin sind, die noch erhabener ist, als sie, der Schwärze.“

Wenn diese „Entschlüsse“ nur einen retropektiven Charakter tragen, sagt die „Nat. Ztg.“, haben die gegen Herrn Leon Say erhobenen Anschuldigungen größere Aktualität, weil dieser „Financier“ vielfach als der präsumtive Nachfolger Tirard's gilt. Der „Figaro“ veröffentlicht nun einen Artikel voller Verdächtigungen, aus welchem hervorgeht, daß der ehemalige Finanzminister in den letzten Jahren des Kaiserreichs eine von ihm und anderen bekannten Persönlichkeiten, dem Abg. Carnot, dem Präsidenten des Crédit National, Herrn Germain, dem jetzigen Senator Dabrie, seinem Gesinnungsgenossen, Herzog Decazes, gegründet, „Caisse descriptives des associations populaires de crédit, de production et de consommations“, welcher überdies das Haus Rothschild mit einer gewissen Einlage zur Seite stand, so schlecht verwaltet hätte, daß sie wieder einging und der Banque de France für den hohen Betrag von 800 000 Frs. an Valeurs verpflichtet blieb. Im Jahre 1872 hätte ein Angestellter den damaligen Gouverneur der Bank, Herrn Rouland, auf den halbvergebenen Handel aufmerksam gemacht und bewirkt, daß Herr Leon Say Miene machte, die Sache in Ordnung zu bringen. Statt der 60 000 Frs., die nun als die definitive Schuld festgesetzt wurden, wäre jedoch von dem „Baisellen“ der Rothschild nur die Hälfte bezahlt worden und die übrigen unbezahlt 30 000 Frs. gäben der Staatsbankrottenschaft nach den in Frankreich geltenden Gesetzen das Recht, ihn wegen Bankrotts zu verfolgen. Ein solcher Mann, so lautet die Schlüsse des „Figaro“, wäre aus der anständigen Gesellschaft vertrieben und könnte in keinem Halle mehr das Portfeuille der Finanzen, für das man ihn wieder in Aussicht nehme, erhalten. Herr Leon Say wußte gegenwärtig in Wien und war folglich außer Stande, sogleich zu antworten. Seine Freunde sollen ihm den Inhalt des „Figaro“-Artikels ausführlich telegraphirt haben, und inzwischen steht es in der Presse nicht an Versuchen, über den Fall Aufklärung zu verschaffen. Außer den intransigenten Blättern, die gegen die Rothschild und ihre Freunde einen wahren Verberungskrieg führen, scheint Niemand dem Gelehrten irgend welche Bedeutung beimessen und sogar der „Clairon“ glaubt das Räthsel zu lösen, indem er ihn als einen Raubart Bontour, Bontour, der seiner Zeit von Leon Say zu Halle gebracht wurde. Der „Wil-Blas“ hat

einen Reporter auf die Banque de France geschickt und von einem der höchsten Beamten des Instituts eine Auskunft erhalten, durch welche die erhobenen Anschuldigungen widerlegt werden.

„Allerdings“ bemerkt der Gewährungsmann des „Clairon“ war Herr Leon Say Präsident der Finanzgesellschaft, von der „Figaro“ spricht. Der humanitäre Zweck der Gesellschaft ist über jeden Zweifel erhoben; aber es wäre möglich, daß er dabei auch einen politischen Zweck verfolgt hätte. Ist denn das ein so großes Verbrechen und kommt es so selten vor? Wie den sei, das Kapital — eine sehr unbedeutende Summe — wurde hauptsächlich von Herrn Leon Say und seinen Freunden geliefert. Als die Konten eintraf, waren die Bestreben: Herr Leon Say und seine Freunde. Die kleinen Aktionäre gelangen zu ihrem Gelde und nur die großen litten unter der Krise. Die Bank von Frankreich hatte Befehl der genannten Aktionäre erlosch und einige derselben verließen ihn. Herr Leon Say, welcher seiner Signatur Ihre machen und Bestimmungen vermeiden wollte, auch wenn die Jüßer der Bank dadurch noch erhöht würde, traf ein Abkommen, das unter Herrn Rouland begonnen und unter Herrn Denonnamte erledigt wurde. Im Grunde richteten sich die Verdächtigungen weit weniger gegen Herrn Leon Say, der als Vorstand dienen muß, als gegen Herrn Denonnamte. Allein die Lage ist vollständig klar, für einige schuldhaftig Franzos wird Herr Leon Say ebenfalls seine politische Stellung auf Spiel setzen, als die Bank von Frankreich sich einer Persönlichkeitsfrage, wie mächtig und wie sympathisch sie auch sein möge, und man kann sich nur wundern, daß ein Blatt seine ersten Spalten mit solch unflätigen Geschwätz ausfüllt.“

Politische Tagesübersicht.

Halle, den 13. Juni.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt heute an der Spitze des Blattes folgende Betrachtung über Bennigsen's Rücktritt: „Die Westfälische, daß Herr v. Bennigsen sein Mandat in beiden Parlamenten niedergelegt hat, wirft ein neues Licht auf die Befreiung der Zustände unserer Fraktionen und ihrer Stellung nicht bloß zur parlamentarischen Gesamtheit, sondern auch den eigenen Vertretern gegenüber. Wir behalten uns eine nähere Besprechung dieses unerwarteten und, wie wir glauben, für die national-liberale Partei folgenreichen Ereignisses vor, sobald wir über die Genese desselben genauer unterrichtet sein werden. Für das Ansehen der parlamentarischen Körperlichkeiten ist Herr v. Bennigsen's Rücktritt ebenfalls ein bedauerlicher Verlust und für die einseitige Situation wird der Sieg seiner Gegner in der Fraktion kaum eine andere Folge haben können, als eine Verschiebung des Schwerpunktes derselben zu Gunsten der kirchlichen Anrühre. Die Theoretiker haben eben den Sieg über den praktischen Staatsmann Bennigsen davongetragen.“

Die „Nat.-lib. Corresp.“ schreibt über Bennigsen's Rücktritt aus dem politischen Leben:

Herr v. Bennigsen hat seine Mandate zum Neinstage und Abschiedswort niedergelegt. Wie alle Welt weiß, so sind auch seine politischen Freunde durch diesen Schritt vollständig überrascht

sammentritt, drängt sie die Vorkämpfer der Einwohner eben nicht in den Hintergrund.

Wof für die Familie Malárdy beauptet noch einen iofirten Olymp in der Mitte der Stadt, wof sich nur wenige Bewohner der eigentlichen Stadt verirren. Großgrundbesitzer, hohe Beamte, die Nachkommen bedeutender Familien pflegen einzig und allein im Komitatsgebäude zu verkehren. Was man dort treibt, spricht, thut? Davon besigt man in der Stadt keinerlei Kenntniß; es kümmert sich auch niemand darum. Es ist der Sitz des Biogezspanns ein ganz abgezonderter Weltteil. Wof so viel weiß Bebermann, daß es im Hause des Herrn Biogezspanns ein Pianoforte, oder wie man es klassisch nennt, ein Klavierinstrument gebe; eine eigenthümliche Orgel, auf welcher, wie man sagt, Fräulein Hermine meistlich zu spielen verheißt, und auch das urtheilt man nur darnach, wie es eben auf die Gasse herausfährt.

Damals war das noch die einzige musikalische Maschine in der ganzen Stadt; desto mehr mußte aber in jedem Hause das von den Händen der Hausknechte getriebene Spinnrad. Seitdem haben sich freilich die Klavierdiums sehr vermehrt, und jetzt würde man den schimmernden Spinnraden aufsaugen, wenn man ihn noch irgendwo zu Gehör bekäme. Einzelne veraltete Gitarren irtren höchst — höchst selten von einem Hause zum andern in dem Maße, wie die vorzüglichen Familienmitglieder diese Instrumente früher oder später zu verlegen vermöchten, da sie jedes Mädchen bitter verachteten, welches sich nicht zu musizieren schämte.

Das Haus Herrn Andreas Wajnsky's steht noch immer in derselben Gasse, noch immer in demselben Zustand, wie es früher war.

Wof hatte dem wackeren Meister sichtlich geholfen; Herr Andreas besigt noch mehr Häuser, eins in der Bafel- in der Rosmarin, eins in der Rappengasse und auch noch anderwärts; er nennt Gärten und Wälder sein schuldnerfreies Eigentum und hat auch Geld in schönen Summen bei ehrlichen Kaufleuten mit sechs Prozent liegen. Aus alledem macht er kein Geheimniß. „Wof ist das, ant“, antwortete er stets auf die Frage: „Wie geht's?“

worben. Aber die Gründe, welche zu demselben geführt, sind einflussreicher als die Bemerkungen möglich. So viel aber wird in diesem Augenblicke schon klar: unter dem Namen der nationalen Entwicklung müssen in einem Stadium höherer Ausdehnung angelaufen sein, wenn diese begabte und angehende aller deutschen Parlamentarier, dessen beste Kraft länger als ein Menschenalter der praktischen Politik gewidmet gewesen ist, sich vom öffentlichen Kampfbühnen zurückzieht. Unverkennbar ist der Verlust, den die national-liberale Partei durch das Ausscheiden v. Bennigsen erleidet; aber nicht so allein, unter ganz politischen, besonders unter parlamentarischen Gesichtspunkten, sondern auch unter dem bedeutendsten Namen in diesen Tagen gewidmet werden, hier warme Verehrung und aufrichtige Trauer, dort Haß und Spottworte bekundend. Uns genügt es, der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß der Tag kommen muß, da das Vaterland dieser seltenen Kraft wieder bedürftig ist und zu seinem Dienste wieder bereit finden wird. Anzustreben müssen die Freunde des Vaterlandes sich um so sehr zusammenzuschließen, um seinen nachwachsen und auf posthumes Erbschaften gerechten Liberalismus, ohne welchen ein geistlicher Fortschritt unserer konstitutionellen Lebens nicht möglich ist, auch in dieser Zeit der härtesten Prüfung die Stätte zu behaupten.

Entgegen der „Nat.-Z.“ schreibt heute die „Magd. Z.“: Die national-liberalen Fraktionen des Reichstages und Abgeordnetenhauses beabsichtigen eine gemeinsame Adresse an ihren bisherigen Führer und Vorgesetzten H. v. Bennigsen zu richten, um demselben die Gesühle ihrer Verehrung und ihres Bewunders über die erfolgte Mandatsinübertragung zu geben. Die Bestätigung in allen parlamentarischen Kreisen ist eine große, und man überzeuge sich heute noch deutlicher als gestern, wo die überraschende Nachricht so plötzlich eintraf, von der Bedeutung der geradezu einigen Stellung, welche Herr v. Bennigsen im Reichstag wie im Abgeordnetenhaus überhaupt — nicht bloß in seiner Fraktion und auch nicht bloß auf der linken — tatsächlich seit 1866 eingenommen hat. Es wird übergens heute mit größter Entschiedenheit hervorgehoben, daß die Beworrenheit der Allgemeinen politischen Lage, wie sie im Reichstag und im Landtag immer deutlicher zum Ausdruck gelangt ist, die Ausschließlichkeit für eine erfolgreiche Politik des gemäßigt liberalen Elements der eigentliche Grund für den Rücktritt Bennigsen's vom parlamentarischen Schauplatz war und der Zwiespalt mit der Mehrheit seiner Fraktion in der Befandlung des kirchenpolitischen Gesetzes nur den letzten Anstoß dazu gab.

Die national-liberalen Fraktionen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses hielten vorgestern Abend eine gemeinsame Beratung über den Rücktritt des Herrn v. Bennigsen, der von allen Seiten auf das Beste beklagt wurde. Der zuerst aufgetauchte Vorschlag, ihn durch eine Deputation um die Zurücknahme seines Beschlusses ersuchen zu lassen, wurde nicht weiter verfolgt, da man sich sagen mußte, daß Herr v. Bennigsen denselben jedenfalls revidiert überlegt habe. Es wurde einstimmig eine Adresse an ihn beschlossen, worin ihm der lebhafteste Dank seiner Parteithätigkeit für seine bisherige politische Thätigkeit und die bestimmte Hoffnung ausgedrückt wird, daß er dieselbe unter günstigeren Verhältnissen wieder aufnehmen werde.

In parlamentarischen Kreisen verlautet weiter über die letzte Zusammenkunft des Herrn v. Bennigsen mit dem Fürsten Bismarck, daß dieselbe, wenn sie sich auch in den freundschaftlichen Formen bewegte, Herrn v. Bennigsen den Eindruck zurückließ, daß die Differenzpunkte sich geklärt und verwickelt hätten. Fürst Bismarck hätte, wie berichtet wird, über den ihm durchaus überraschend gekommenen Entschluß des Herrn v. Bennigsen, seine Mandatsinübertragung, sich in einer Weise geäußert, aus der hervorgeht, wie unangenehm betroffen er durch diesen Schritt sei.

Die „Magd. Ztg.“ theilt einen Erlaß des Fürstbischöflichen von Breslau an die katholischen Kirchenvor-

sände seiner Diocese mit, welcher zwar bereits vom 19. März d. Z. datirt, aber durchaus dazu angethan ist, die durch die neueste kirchenpolitische Vorlage anbahnde Befriedigung selbst weitgehender ultramontaner Wünsche wesentlich zu unterstützen; vernünftlich sind in anderen Diocesen ähnliche Erlasse ergangen. Auf Grund der in Aussicht stehenden Novelle sind die Bischöfe ja förmlich dazu herausgefordert worden, die — angelegentlichsten — Parre auszuüben zu lassen und den ganzen Clerus in absehbare Bitare zu verwandeln, da diese der Anzeigepflicht nicht unterliegen sollen. Der Fürstbischöfliche von Breslau hat, gewissermaßen in der Vorahnung eines solchen Gesetzentwurfes, bereits im März Anstalten getroffen, ebenso wie den gesammten Clerus, so auch das gesammte Kirchen Einkommen seiner Diocese seiner unbedingten Verfügung zu unterwerfen.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung der kirchenpolitischen Vorlage hat sich heute konstituiert und den Abg. v. Rauchhaupt zum Vorsitzenden und den Abg. Fyhn v. Hoernemann zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Zur zweiten Beratung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1884/85 — Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung — hat der Abg. Richter (Hagen) folgenden Antrag gestellt: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichszangler zu ersuchen, dem Reichstage eine Vorlage zu machen, welche allen im Reichsdienst beschäftigten Beamten eine ausreichende Versorgung bei Unfällen im Dienste des Reiches zusichert.“

Der Beschluß über die Zurückziehung der Pensions-gesetze seitens der Regierung ist in einer vorgestern abgehaltenen Sitzung des Bundesrathes gefaßt worden; die Wiederbringung der Gesetze in der nächsten Session ist zweifellos.

Die Handelskammer von Lübeck und der Handelsverein in Lüneburg haben sich ebenso wie die Handelskammer zu Frankfurt a. M. an den Reichstag mit einer Petition um Ablehnung des bekannten Antrags Angens bezüglich Beschränkung des Sonntagserwerbes gewandt. Die Petenten ersuchen, bezüglichen Anträgen, welche nur geeignet seien, das Gemeinwohl zu schädigen, entgegenzutreten. Die Annahme des Antrags bedeute eine schwere Schädigung der Interessen des Handels, der Industrie und des Gewerbestandes aller Provinzialstädte des deutschen Reichs.

Dem Bundesrat ist die am 15. Mai zwischen dem Staatssekretär Grafen Haysfeldt und dem Gesandten der Königin von Madagaskar abgeschlossene Handelskonvention zugegangen.

Nach dem nunmehr vorliegenden definitiven Resultate wurden bei den italienischen Municipalwahlen 14 Kandidaten gewählt, welche allen Kandidatenlisten gemeinsam angehörten, 8, die sich ausschließlich auf der Seite der Liberalen befanden, 8, die auf der Seite der Meritalen und des Vereins der gemäßigt Liberalen standen und 4, die ausschließlich von den Meritalen aufgestellt waren.

Die „Independence Belge“ erzählt, daß die belgische Regierung demnachst einen Gesetzentwurf über den obligatorischen Schulunterricht vorlegen werde. — Die dringlichste Erhöhung der Brantweinsteuer hat heute eine Manifestation der Händler mit geistlichen Getränken veranlaßt. Dieselben zogen in starken Massen vor das Parlamentsgebäude und protestirten gegen die neue Steueranlage. Ermüdete Aufstrebungen sind nicht vorgekommen.

Die Bureau des französischen Senats wählten gestern die Kommission zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes über die richterlichen Beamten. Von den gewählten Mitgliedern der Kommission ist nur ein einziges ohne Weiteres für den Entwurf, zwei fünf gegen jede Reform, acht sind im Prinzip für eine Reform des gegenwärtigen Ge-

der Gasse umwerfen, es konnte kein Raub oder Mord in der Umgebung geschehen, ohne daß es Frau Malos nicht aus der ersten Hand erfahren hätte; die zweite Person, zu deren Kenntniß die Neuigkeit kam, war Herr Wajusch, und der gerade liebe die Seltenheit ganz besonders und hatte eine heillose Angst vor jeder bösen Nachricht.

Er zitterte daher förmlich, wenn er vom Fenster aus Frau Malos herbeischnappte. Sie besaß eine dreifelhige Haube, und wenn ihr dieselbe aus dem Kopfe saß, gab es eine Todesanzeige. In den Todesnachrichten fand die Erde dann eine wahre Wonne, diese waren für sie, sozulagen, der reine Marzipan. Besonders liebte sie, von dem Ableben solcher Menschen Kunde zu bringen, welche vor einer Stunde noch ganz gesund gewesen, und mit welchen Herr Wajusch selbst noch kurz zuvor gesprochen hatte. „Denn Sie sich, er kam nach Hause, legte sich nieder, und schlief war er tot.“ Viele lebten hernach noch zehn oder zwanzig Jahre, noch andere tlebte sie zwei oder drei Mal, beweinte und begrub sie, wie es eben die Leute, die es mit anhörien, ausühten.

Ein nicht geringeres Vergnügen fand sie in der Erzählung epischer Zwistigkeiten von jung Verheirateten. Unbarmherzige Schlägereien von in größter Eintracht lebenden Ehepaaren, unerlaubte Verhältnisse ehelicher Familienväter mit den Töchtern anderer, entführte Frauen, eingeleitete Scheidungsprozesse waren bei ihr stets frisch auf Lager, und alle diese Angelegenheiten mußte der gute Nachbar erfahren, zu Ende hören und sich über dieselben zu Tode ärgern, ob er nun wollte oder nicht.

Seine Tageszeit, seine Tagesstunde sicherte davor, daß Frau Malos nicht die Nachricht von einer Epidemie oder einem europäischen Kriege gebracht hätte, und sie verstand diese Erzählungen mit so blauen Lippen, mit so grüner Physiognomie zu begleiten, daß den Menschen die Haare zu Berge standen. Des Abends pflegte Herr Wajusch mit dem Seufzer einzusprechen: „D, Herr mein Gott, laß mich in der Nacht nicht Frau Malos Stimme vernahmen!“ was so viel hieß, als: „bewahre mich vor Feuer, Wasser und Erdbeben!“ Denn die erste Nachricht von diesen Unglücksfällen würde sicherlich Frau Malos zum Fenster hereintreten.

setzes, verlangen aber weitgehende Modifikationen des vorliegenden Entwurfs. — Die Deputirtenkammer lehnte mit 273 gegen 201 Stimmen den Antrag Lavergne's auf Erhebung einer Weinsteuern von der 1882er Ernte ab. — Wie der „Temps“ meldet, nehmen die Unterhandlungen zwischen Tricon und Bang-Chang einen guten Fortgang.

Das englische Unterhaus hat den Antrag genehmigt, in die Spezialberatung der Bill betreffend die dem Admiral Lord Alexter zu gewöhnliche Dotation einzutreten und erließ die Spezialberatung derselben unter Ablehnung aller dazu eingehenden Abänderungsanträge. Der Antrag auf Vornahme der Spezialberatung über die Bill betreffend die Dotation für General Wolseley wurde ebenfalls angenommen, die Bill wurde unter Ablehnung aller Amendements in der Spezialberatung genehmigt. — In Beantwortung einer Anfrage Churchills verlas der Premier Gladstone Depeschen Male's, in denen ausgeführt wird, daß das über Suleiman Samis gefaßte Todesurtheil gerecht sei. Suleiman Samis, der am 9. Juni in Alexandrien hingerichtet wurde, hatte bekanntlich den Befehl zur Einschüchterung der Stadt gegeben. D. Neb.) Ferner verlas Gladstone eine Depesche Lord Dufferin's vom heutigen Tage, in welcher erklärt wird, daß die von Churchill gegen den Khebe erhabene Anklage der Mißthat in den Niedermegeungen eine grundlose Verleumdung sei. Nichtsotro bestragte Vertagung des Hauses, um Zurklärungen über die Haltung der Regierung betreffs der Hinrichtung Suleiman Samis zu erhalten. Churchill greift die Regierung auf das Heftigste an und beschuldigt den Khebe auf's Neue der Mißthat in den Niedermegeungen in Alexandrien. Der Premier entgegnet, wenn Churchill auch nur eine Idee von Verantwortlichkeit hätte, so würde er nicht so schamlose, falsche Beschuldigungen gegen den Khebe und die Richter einschleichen und italienischen Mitglieder des Gerichtshofes vorbringen. Die Regierung fügte sich auf die Verdriehe eines vertrauenswürdig kompetenten Agenten. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Antrag Northcote auf Vertagung abgelehnt. — Das Oberhaus in zweiter Lesung die Vorlage über die Seeschifferei. Diefelbe bezweckt die Ausführung der internationalen Konvention betreffend die politische Regelung der Fischeren in der Nordsee.

Die rumänische Kammer beschloß am Montage eine Initiativkommission zu wählen zur Ausarbeitung eines Entwurfs für die Verfassungsrevision.

Deutsches Reich.

Berlin, 12. Juni.

Der Kaiser erhielt heute Nachmittag 14 Kandidaten gestern Nachmittag eine längere Audienz.

Der „Reichsanzeiger“ publizirt das Gesetz vom 23. Mai, betreffend die Verlängerung der im §. 16 Absatz 3 des Gesetzes über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst vom 11. März 1879 (Gesetz-Samm. S. 160) festgesetzten Frist.

Von einer Anzahl angesehener evangelischer Männer der verschiedensten kirchlichen und politischen Richtungen wird ein Vorschlag veröffentlicht, zur Feier des 10. November eine „Katholikfestung“ in das Leben zu rufen beabsichtigt Förderung der Erziehung von Kindern evangelischer Pfarrer und Lehrer. Die Unterstützung soll nach dem Gedanken, der den Verfassern des Vorschlages vornehmlich, aus der Gesammtheit der Vereine bestehen, welche in den verschiedenen Orten Deutschlands ins Leben gerufen werden. Die Vereine finden ihren Mittelpunkt in der Vertretung in einem Centralvorstand, welcher durch Abgeordnete der Vereine in der Hauptversammlung gewählt wird. Zu

allen mußte noch der wahre Mann in Erfahrung bringen, daß die Frau Nachbarin von ihm erzählt, er wolle sie heiraten. Und diese Behauptung pflegte Herrn Wajusch so wüthend wie einen Löwen zu machen.

Er verzweifelte gar vieles! Er sagte nicht, daß er kein Weib nehme, dessen Gesicht vor lauter Erzählen schlechter Neuigkeiten doppelt so lang geworden sei als das anderer rechtschaffen Menschen; daß ihre Zähne schwarz seien von dem ewigen Knabbern an anderen, daß sie dabei mit an die Knie im Mist wate, daß sie stets vor den Thüren anderer leht; daß sie, die Waise ihrer Nebenmenschen durchtreibend, die eigene schmutzig lasse; daß ihr Verstand nicht am rechten Fleck stehe; daß sie bereits wiederholt der falschen Nachrichten wegen durchgegriffelt worden sei, — all das dachte er sich bloß, fürchte es jedoch niemals zur Vertiefung an, sondern hätte gegen jene Behauptung der beschäftigten Wiederverheirathung nur den einen Einwurf, man könne nicht voraussetzen, daß er eine Frau nehmen werde, die um einen Kopf größer als er selber sei.

Frau Malos besaß nämlich das volle Solbatenmaß. Dies alles erklärte es am besten, weshalb Herr Wajusch so grenzenlos groß mit Frau Malos umging, sobald ihn diese besuchte, und letzteres geschah gar oft, trotzdem ihr der werthe Herr Nachbar ohne alle Umfahrungen und in den klarsten Worten zu verstehen gab, sie möge ihn nicht überlaufen, sondern möge dahem bleiben und nach ihren Angelegenheiten sehen; sie solle überhaupt ihn nicht ärgern, ihn nicht quälen, kurz ihn in Frieden lassen.

Alles war vergebens; Frau Malos nahm stets übel, kam an anderen Tag wieder, und Herr Wajusch zitterte freilich vor Zorn bei dem Gedanken, daß man dieses Frauenzimmer auf keine Weise der Welt erlösen könne.

Eines Morgens warf Herr Wajusch, während er in bester Arbeit war, zufällig einen Blick zum Fenster hinaus, als gerade Frau Malos dort vorüberging. Und o Schrecken! die dreifelhige Haube mochte auf ihrem Kopfe.

„Gott, siehe mich bei! sie kommt schon wieder!“ brummte Meister Andreas erschrocken, „wenn das man während der Nacht wieder das Gesicht umgedreht haben?“

(Fortsetzung folgt.)

einer Beratung mit Männern aus allen Teilen Deutschlands über die Feststellung des definitiven Statuts soll im Herbst dieses Jahres eingeladen werden.

Der Vorstand des Vereins Berliner Kaufleute und Anbauvereine hat beschlossen, den Reichstag Abgeordneten Landrat Dr. Baumbach eine Landadresse für sein Eintreten zu Gunsten des Kaufmannstandes bei den Debatten über die Gewerbe-Novelle im Reichstage und für die fräftige Zurückweisung der den Kaufmannstand betreffenden Neben, zuzustellen. Die Adresse wird durch eine Deputation des Vorstandes Herrn Dr. Baumbach übergeben werden.

Neuwied, 12. Juni. Bei der heutigen Landtags-Eröffnung für den Wahlkreis Neuwied-Altenkirchen wurden im Ganzen 479 St. abgegeben. Davon erhielt Oberappellationsgerichtsrath Rintelen (Centrum) 241, Oberbergamt Heuser (liberal) 219 und Pfarrer Kapte (kon.) 19 Stimmen. Der erstere ist somit gewählt.

Schweiz.

Bern, 12. Juni. Der Bundesrat hat den Nationalrat Neumann als Kommissar für die internationale Bierausstellung in Hamburg und den Direktor Brück in Zürich zum Urmitglied für dieselbe bestellt. — Das Königreich Rumänien hat seinen Beitritt zum internationalen Telegraphenverband angezeigt.

Oesterreich.

Wien, 11. Juni. Der englische Viceadmiral Hay ist mit dem Panzerhiesigen „Alexandra“ und „Lemaitre“ heute Nachmittag hier eingetroffen und hat alsbald dem Gouverneur von Fiume, Grafen Sgany, einen Besuch abgestattet, den dieser später erwiderte. Neben fand bei dem Gouverneur ein Galabier statt, an welchem das Offizierskorps der englischen Schiffe und die hiesigen Notablen theilnahmen.

Rußland.

Petersburg, 12. Juni. Die Ober-Polizeimeister von Moskau und Petersburg, Koston und Grefser, sind in Anerkennung ihrer Leistungen bei den Krönungsfeierlichkeiten, zu Generalintendanten befördert worden. — Der Großfürst Konstantin Nikolajewitsch nimmt seinen Sommeraufenthalt in Pawlowsk.

München, 12. Juni. Die Prinzen Arnulf von Bayern und Hermann von Sachsen-Weimar sind gestern hier eingetroffen und legen heute, nach Besichtigung der Sehenswürdigkeiten, über Brest die Reise nach Deutschland fort.

Deutscher Reichstag.

102. Sitzung. Berlin, 12. Juni.

Präsident v. Leo now eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. v. Köller, daß seine Rede über die Handlungsfreiheiten von der „Köln. Ztg.“ falsch wiedergegeben worden sei und daß auf dieser falschen Wiedergabe der bekannte Protest einer Versammlung von Kaufleuten in Köln basire.

Der Entwurf eines Gesetzes betr. die Konfiskation der Gerichtsbarkeit in Tunis wird in erster und zweiter Lesung nach einigen beifälligen Bemerkungen des Abg. Dr. Rapp angenommen.

Die Wahl des Abg. Teuglichstedt im 6. Wahlkreise des Reg.-Bez. Arier wird beantragt.

Der der Neubau des Reichstagsgebäudes betr. Nachtragsetat pro 1883/84 wird in dritter Beratung end-

gültig angenommen. Es folgt dritte Lesung des Reichstags-haltsetats für 1884/85.

Abg. Max v. Birttemberg, Langwerth v. Simmern und Hagenlewer legen ihre prinzipiell ablehnenden Standpunkt dar. Abg. Hagenlewer meint, der Reichstag werde erst 1885 wieder eintreten, wenn die Erneuerung des Sozialengesetzes nicht wäre. Das Unfallgesetz würde die Regierung zu einer Berufung des Reichstages nicht veranlassen.

Staatssekretär v. Bötticher entgegen, die Regierung werde beabsichtigt, die sozialpolitische Gesetzgebung nach Kräften zu fördern. Sie bedauere, daß eine Einigung mit der Kommission in dieser Session nicht möglich war. Die Regierung werde in nächster Session einen neuen Entwurf vorlegen, in welchem die Ergebnisse der Kommissionsberatung Berücksichtigung finden würden. Das Unfallgesetz soll keineswegs in die Grube fallen, im Gegentheil, sie wünsche die rasche Erledigung derselben, wozu ja auch die neue Session freigehalten werden solle. Daß dies ermöglicht werden, ohne dem Lande Schaden zu bringen, dafür sei die Regierung dem Hause dankbar.

Abg. Nicker protestirt dagegen, daß diese Etatsberatung ohne Schaden für das Land geschehe. Einen Beweis dafür, wie traurig und gefährlich unsere Zustände seien, liefere der Rücktritt v. Bennigsen, der ein nationaler Trauerfall sei. Derselbe lehre, wie notwendig es sei, der Regierung mit voller Entschiedenheit entgegenzutreten. Neben protestirt ferner dagegen, daß die von der Unfallkommission angenommene Resolution seitens der Regierung als Grundlage für die Umarbeitung des Unfallgesetzes benutzt werde.

Staatssekretär v. Bötticher erwidert, der Vorredner kämpfe gegen Windmühlenslägel. Er (Nicker) habe nicht von der Resolution gesprochen, sondern von den Winken, die in der Kommission ertheilt worden seien.

Direktor im Reichstagsgebäude v. Schenborn weist die Angriffe Nickers auf den Etat zurück.

Abg. Dr. Windthorst bemerkt dem Abg. Nicker, daß ein Mann wie v. Bennigsen in wirklich schweren Zeiten sich nicht zurückziehen werde.

Abg. v. Bend a erklärt, die Nationalliberalen würden im Geiste v. Bennigsen fortfahren, die nationale und freihändlerische Entwicklung zu fördern.

Abg. Nicker-Hagen: Als Trauerfall könne er den Rücktritt v. Bennigsen's nicht auffassen. v. Bennigsen habe das Beste gethan, was er thun konnte. Derselbe sei nicht ohne Schuld an den jetzigen Verhältnissen. Die Zeit des Kompromittirens ist vorüber. Entweder man gehe mit Bismarck durch Dick und Dünn, oder man trete ihm entschieden entgegen.

Abg. Lieberich: Das Bestreben gehe dahin, den Reichstag verächtlich zu machen. v. Bennigsen sei gegangen, nachdem man in bester Jahre den Parlamentarismus begehrt habe. Neben beklagt sich ferner darüber, daß man den Sozialdemokraten in Hamburg keine Mitgliedererwerbungen gestatte; er beklagt sich ferner über das Verhalten der Fortschrittspartei, welche eine jeden Gegenstand betreffende Interpellation nicht unterließ habe.

Daran schließt sich eine Kontroverse zwischen den Abg. Richter und Lieberich, welcher Erstere den Sozialdemokraten vorhält, daß sie durch Annahme die fortschrittlichen Versammlungen sprengten. Die Sozialisten hätten mit dem Sozialengesetz nur die Gewalt geerntet, die sie gesät.

Abg. Dr. Weyer meyer spricht gegen den Zuspruch.

Abg. Kayser beschwert sich darüber, daß die sächsische Militärverwaltung den Soldaten den Besuch von Lokalen verbiete, in denen sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden. R. S. Militärbevollmächtigter Ober v. v. Planitz: Die sächsische Militärverwaltung laufe sich dabei von Rücksichten auf die Disziplin leiten und werde diesem Prinzip auch treu bleiben.

Auf eine Anfrage des Abg. Ebert antwortet Staatssekretär v. Schelling: Durch das Ausgeben des Geh. Rath Windthorst aus der Kommission für das Reichszugehörigkeitsgesetz würden die Arbeiter der Kommission nicht verzögert.

Bei der Spezialberatung wurde ein Antrag des Abg. v. Heulien-Marcenay auf Wiederherstellung der für Errichtung eines Hofdiensthäuses in Leer geforderten Summe nach kurzer Beratung abgelehnt. Der Etat wird durchweg nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Bei der Abstimmung über den Antrag Engens wird der erste Theil des Antrags, welcher Bestimmungen des Hofdienstes an Sonntagen betrifft, mit 124 gegen 82 Stimmen angenommen, der zweite Theil dagegen (Erhöhung der Doppelgehältern an Sonntagen und Feiertagen um 20 Pf. pro Doppelgeh.) mit 111 gegen 101 Stimmen abgelehnt. Zu dieser Angelegenheit eingegangene Petitionen werden durch den gestrigen Beschluß für erledigt erklärt. In der Gesamtstimmabstimmung wird der Etat mit großer Mehrheit angenommen. Schließlich wird der Gegenentwurf, betr. die Konfiskation der Gerichtsbarkeit in Tunis in dritter Lesung beibehalten angenommen. Der Präsident erläßt den Vortrag über die Geschäftstätigkeit in der abgelaufenen Session, die 102 Sitzungen umfasse, und theilt u. A. mit, daß an Gaben für die Abgeordnetenbestimmten bei ihm insgesamt 1 692 464 M. eingegangen seien.

Abg. v. Bodum-Dolffs dankt Namens des Hauses dem Präsidenten für seine umfängliche und unparteiische Leitung der Session.

Präsident von Leo now dankt den Vizepräsidenten, Schriftführern, Quästoren, sowie dem genannten Hause für die ihm zu Theil gewordene Unterstützung.

Staatssekretär v. Bötticher verliest die kaiserliche Botschaft, mittelst welcher die Session geschlossen wird, worauf Präsident v. Leo now mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser die Sitzung schließt.

Bermischtes.

Berlin, 12. Juni. Die Hinrichtung Ernst Sobbe's, des Mörders des Brietraders Köstlin, hat heute, Mittwoch früh 6 Uhr auf dem Hofe des Zellengefängnisses zu Moabit stattgefunden. Die Wobalditäten des Altes sind gestern Mittag in einer Konferenz der beteiligten Gerichtspersonen, in welcher der Staatsanwalt Dr. Thielmann den augenblicklich nicht in Berlin anwesenden ersten Staatsanwalt v. Angern vertrat, festgesetzt und dem gleichfalls anwesenden Schriftführer Krauß die nöthigen Weisungen ertheilt worden. (Diese Nachricht wird uns durch eine uns zugegangene Privatdepesche bekräftigt. Die Redaktion.)

Warschau, 12. Juni. Das einen Theil des Großen Theaters bildende Varietés-Theater ist in der vergangenen Nacht abgebrannt. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen. Der entzündete Schaden wird auf 100 000 Rubel geschätzt.

Beantwortlicher Redakteur Albert Jänig in Halle.

Berliner Börse vom 12. Juni.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	102,30
Sächsische Reichs-Anleihe	4 1/2	103,80
do. do. do.	4	102,30
Staats-Anleihe 1850, 52, 53, 62	4	101,50
Staats-Anleihe 63	3 1/2	98,50
Berliner Stadt-Obligat. 70/71	3 1/2	103,20
Königsberger Central-Anleihe	4	102,00
Hamburger do.	4	102,25
Holländische neue	4	101,40
Sächsische do.	4	101,70
Holländische Rentenbriefe	4	101,40
Preussische do.	4	101,20
Sächsische do.	4	101,25
Dreier Anleihe de 1880	4	101,75
Sächsische Staats-Rente	3	81,00
Badische Prämien-Anleihe de 1807	4	131,90
do. 35 R.-Loose	—	222,25
Preussische Prämien-Anleihe	4	132,80
Preussische 20 Halber-Loose	—	97,75
Einw.-Anleihe	3 1/2	125,80
Defianter St.-Pr.-Anleihe	3 1/2	100,70
Hamburger 50 Halber-Loose p. St.	3	29,10
Wieninger 7 Halber-Loose	3	143,50
Odenburger 40 Halber-Loose p. St.	3	143,50
Vom Staat erwerbende Eisenbahnen.		
Märktig-Polener St.-Prior.	5	—
Magdeburger-Halb-Eisenbahnen St.-Pr.	3 1/2	89,40
Niederrhein-Würt. St.-Pr.	4	100,70
Preussische do.	6 1/2	163,90
do. B. do.	4	102,30
Währinger Lit. A. do.	8 1/2	215,00
Ausländische Fonds.		
Italienische Rente	5	92,40
Oesterreichische Gold-Rente	4	84,50
do. Papier-Rente	4 1/2	70,00
do. Silber-Rente	4 1/2	67,30
do. Kredit-Loose 1858	—	—
do. do. 1864	—	121,20
do. do. 1870	—	316,75
Russische Staats-Obligat. 1860	6	103,80
do. do. 1866	5	95,80
Russische Englische consol. Anl. 1870	5	87,40
do. do. 1871	5	93,10
do. do. 1872	5	93,10
do. do. 1880	4	72,50
Russ. Engl. Orient-Anleihe I.	5	57,50
do. do. II.	5	56,00
do. Präm.-Anleihe de 1864	5	139,20
do. do. de 1866	5	132,50
do. Wob.-Anleihe	5	77,00
do. Centr. Schatz.-Pr.	6	102,75
Ungarische Gold-Rente	4	75,00
do. do.	4	74,50

Anhalt-Deutscher Pfandbrief	5	104,10
Brandenburg.-Pomm. Hypothekendarlehen	4 1/2	102,00
Hamburgrische Hypoth.-Pfandbriefe	4 1/2	102,25
Preuss. Obligationen 13. 110 abg.	5	110,80
Preuss. Hypothekendarlehen	4 1/2	101,20
do. do.	—	—
Preuss. Hypoth.-Pr. I. 13. 120	5	98,00
Preussische Hypoth.-Pr. II. 13. 110	5	111,20
do. V. VI. 13. 100 1886	5	103,80
do. II. 13. 115	4 1/2	110,60
do. II. 13. 100	4 1/2	95,50
Preuss. Centr.-Pfandbr. mit 13. 110	5	115,00
do. do. 13. 110	4 1/2	109,80
do. do. 13. 100	5	104,00
do. do. 1880, 81, 82	3	100,40
Preussische Hypoth.-Pr. I. 13. 120	4 1/2	108,50
do. VI. 13. 110	5	108,40
do. VIII. 13. 100	4	92,25
Stett. Nat.-Hypoth.-Pr. 13. 110	5	101,50
do. do. 13. 110	4 1/2	104,00
Silb. Bod.-Pr.-Pfandbr. 1872 1879	4	100,00
Eisenbahn-Stamm- u. Stamm-Prioritäts-Aktien.		
Altona-Flüster	4	223,25
Berlin-Dresden	4	217,00
Berlin-Damberg	4	336,00
Breslau-Schweidnitz-Freiburg	4	110,70
Halle-Sorau-Guben	4	34,60
Hann.-Lüb.-Hafen	4	100,80
Hann.-Lüb.-Hafen-Fremd	4	300,50
Hann.-Lüb.-Hafen-Erh. Gar.	4	114,60
Hann.-Lüb.-Hafen	4	212,00
Hann.-Lüb.-Hafen	4	195,20
Hann.-Lüb.-Hafen	4 1/2	103,40
Hann.-Lüb.-Hafen	4 1/2	42,20
Hann.-Lüb.-Hafen	4	95,75
Hann.-Lüb.-Hafen	4	253,90
Hann.-Lüb.-Hafen	4	78,10
Hann.-Lüb.-Hafen	4	142,30
Hann.-Lüb.-Hafen	4	129,70
Hann.-Lüb.-Hafen	6	197,75
Hann.-Lüb.-Hafen	5	71,30
Hann.-Lüb.-Hafen	4	560,00
Hann.-Lüb.-Hafen	4	340,30
Hann.-Lüb.-Hafen	4	129,50
Hann.-Lüb.-Hafen	5	129,50
Hann.-Lüb.-Hafen	5	60,20
Hann.-Lüb.-Hafen	5	52,10
Hann.-Lüb.-Hafen	5	106,00
Hann.-Lüb.-Hafen	5	92,50
Hann.-Lüb.-Hafen	5	111,75
Hann.-Lüb.-Hafen	5	122,10
Hann.-Lüb.-Hafen	5	90,60
Hann.-Lüb.-Hafen	5	50,20
Bank-Aktien.		
Deutscher Landbank	4	116,00
Deutsche Bank	4	151,00
Deutsche Genossenschaft	4	125,25
Genar Bank	4	93,60
Hann.-Lüb.-Hafen	4	123,10
Hann.-Lüb.-Hafen	4	122,10
Hann.-Lüb.-Hafen	4	107,00
Hann.-Lüb.-Hafen	4	118,75

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.		
Berlin-Magdeburg V. Ser.	4 1/2	105,00
do. VI. Ser.	4 1/2	102,90
do. VII. Ser. conv.	4 1/2	102,90
do. VIII. Ser.	4 1/2	104,10
do. IX. Ser.	5	104,10
Berlin-Anhalt A. u. B.	4 1/2	103,50
Berlin-Anhalt (Oberanl.)	4 1/2	107,75
Berlin-Dresden v. St. gar.	4 1/2	102,90
Berlin-Görlitz conv.	4 1/2	—
Berlin-Ham. III. conv.	4 1/2	—
Berlin-Ham. Magdeburg Lit. A. u. B.	4	—
Berlin-Ham. Lit. F.	4 1/2	—
Berlin-Ham. III. Lit. F. gar.	4 1/2	101,20
Berlin-Minden II. Em. 1853	4 1/2	101,00
do. VI. Em.	4 1/2	105,20
do. VII. Em.	4 1/2	102,80
Halle-Sorau-Guben v. St. gar. A. B.	4 1/2	103,25
Magdeburg-Halberstadt 1873	4 1/2	102,80
Magdeburg-Leipzig Br. Lit. A.	4 1/2	104,75
do. Lit. B.	4	101,50
Mainz-Ludwig 1851	4	100,75
Norddeutschen-Erh. I. Em.	4 1/2	95,50
do. do.	3 1/2	94,40
Ober-Schlesische gar. Lit. E.	4 1/2	103,50
do. gar. 3 1/2 Lit. F.	4 1/2	103,10
do. gar. 4 1/2 Lit. H.	4 1/2	105,00
do. Em. v. 1859	4 1/2	104,00
Ober-Schlesische Eisenbahn A. B. C.	4 1/2	104,00
Reichs-Deutscher	4 1/2	103,50
do. II. Ser.	4	101,20
Rheinische	4	100,50
do. III. Em. 1869, 71 n. 73	4 1/2	102,80
do. III. Ser.	4 1/2	101,30
do. IV. Ser.	4 1/2	103,20
do. Gar.	4 1/2	101,50
Werrabahn I. Em.	4 1/2	102,70
Werrabahn gar.	5	81,40
Dur.-Hörsing II.	5	95,50
do. III.	5	108,70
Gal. Carl-Ludwigsbahn gar.	4 1/2	84,30
Gottardbahn I. Ser.	5	103,70
Köln-Mindener gar.	5	101,00
Köln-Mindener II. gar.	5	102,50
Köln-Mindener III. gar.	5	102,50
Köln-Mindener IV. gar.	5	102,50
Köln-Mindener V. gar.	5	102,50
Köln-Mindener VI. gar.	5	102,50
Köln-Mindener VII. gar.	5	102,50
Köln-Mindener VIII. gar.	5	102,50
Köln-Mindener IX. gar.	5	102,50
Köln-Mindener X. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XI. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XII. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XIII. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XIV. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XV. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XVI. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XVII. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XVIII. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XIX. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XX. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XXI. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XXII. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XXIII. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XXIV. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XXV. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XXVI. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XXVII. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XXVIII. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XXIX. gar.	5	102,50
Köln-Mindener XXX. gar.	5	102,50
Börsen und Renten.		
Amsterdamer	100 fl.	8 1/2
London	100 fl.	8 1/2
Paris	100 fr.	8 1/2
Wien	100 fl.	8 1/2
Petersburg	100 r.	3 1/2
Gold-Sorten und Banknoten.		
Souveräin pr. Gold	—	16,27
20-Francs-Silber	—	—
Dollars pr. Gold	—	91,20
Franken pr. Gold	—	171,00
Oesterreichische Banknoten pr. 100 Francs	—	171,00
Russische Banknoten pr. 100 Rubel	—	201,20



